AG Euro GRÜNE Bundestagsfraktion

Franziska Brantner

Sven-Christian Kindler

Agnieszka Brugger

Anja Hajduk

Lisa Paus

Frithjof Schmidt

Sven Giegold

Daniel Detzer

Ulrike Meyer

Sebastian Wadle

**Vermerk Corona-Bonds**

**Politische Bewertung**

**Warum und wofür brauchen wir Corona-Bonds?**

Die Corona-Krise führt aufgrund des notwendigen ökonomischen Shutdowns in vielen Ländern der Europäischen Union zu einer tiefen Rezession, die höchstwahrscheinlich schwerer als die Finanzkrise werden wird. In der Corona- Krise verschulden sich alle europäischen Staaten daher in historischen Dimensionen. Die Ausnahmen vom Stabilitäts- und Wirtschaftspakt sind dafür zurecht aktiviert.

Wir haben ein starkes Interesse daran, dass alle Länder massiv in Gesundheit, sozialen Zusammenhalt und die Stabilisierung ihrer Wirtschaft investieren können. Wirtschaftliche Depression mit Massenarbeitslosigkeit in Ländern der EU hat automatisch Rückwirkungen auf den deutschen Markt, eine Wiederankurbelung der Wirtschaft wird nicht national funktionieren. Es geht darum, einen Systemabsturz in Europa zu verhindern. Politisch steht das Überleben der EU auf dem Spiel. Nur ein gemeinsamer europäischer Schutzschirm kann eine tiefe Spaltung und einen Bruch der Euro-Zone verhindern. Auch die richtige gesundheitspolitische Bekämpfung des Virus hängt entscheidend von den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Mitgliedsstaaten ab.

Die damit zusammenhängenden Fragen sind:

1. Zu welchen Kosten können sich Mitgliedsstaaten (MS) verschulden und werden die Kosten eventuell so hoch, dass ihr Marktzugang gefährdet ist?
2. Von welchem Schuldenstand aus starten die MS und wie entwickelt sich durch die Corona-Krise mittelfristig die Schuldentragfähigkeit?
3. Wer entscheidet in der Krise und welche demokratische Legitimation gibt es dafür?
4. Deutschland hat aufgrund seiner Bonität geringere Finanzierungskosten für die Schulden als andere MS. Die Finanzmärkte fingen vor zwei Wochen bereits an, gegen einzelne MS zu spekulieren, die Spreads stiegen. Als Italien für kurze Zeit keinen Zugang mehr zum Finanzmarkt hatte, intervenierte die Europäische Zentralbank (EZB) noch nachts mit ihrem 750 Milliarden schweren Pandemic Emergency Purchase Programm (PEPP).

Als zusätzliches Instrument stehen hierfür vorsorgliche Kreditlinien des ESM zur Verfügung, die dann auch ein zusätzliches OMT- Aufkaufprogramm von Staatsanleihen der EZB ermöglichen. Die Fragen sind hier: Welche Konditionen hätte eine solche Kreditlinie? Welche Signalwirkung hätte die Ausstellung der vorsorglichen Kreditlinie nur für einzelne betroffene Länder? Reicht die Firepower des ESM für mehrere MS gleichzeitig?

Die vorsorgliche Kreditlinie sollte an keine Austeritätsvorschriften gebunden sein. Die Corona-Krise ist ein externer Schock, der alle MS der EU trifft, unabhängig von deren Wirtschafts- und Haushaltspolitik in den letzten Jahren, daher ist eine makroökonomische harte Konditionalität fehl am Platze. Aufgrund der negativen, zu erwartenden Italien-internen und externen Signalwirkungen sollte keine Kreditlinie nur für einzelne Länder eingerichtet werden, sondern für alle. Die Firepower des ESM reicht nicht für mehrere große Euroländer gleichzeitig. Außerdem wird der ESM sicherlich noch in der Nachfolge der direkten Krisenphase gebraucht werden, falls einzelne Länder im Nachgang unter den Druck der Märkte geraten. Seine Firepower sollte daher nicht schon jetzt komplett ausgereizt werden. Auch ist der Mehrwert zum jetzigen Zeitpunkt gering, da der Hauptvorteil, die Möglichkeit eines OMT-Programms, durch das PEPP-Programm schon gegeben ist.

1. Länder wie Italien, Portugal, Griechenland oder sogar Belgien starten in diese Krise mit sehr hohen Schuldenständen. Absehbar können diese nicht die Soforthilfen für die Wirtschaft, das Gesundheitssystem, ihre Gesellschaften finanzieren, erst recht nicht die danach notwendigen Konjunkturmittel. Das würde die EU spalten in jene Länder, die sich eine angemessene Corona-Rettung leisten können und jene, die es nicht können. Das hält die EU nicht aus. Deshalb braucht es ein gemeinsames Schultern der Corona-Kosten, hier geht es um eine einmalige Lastenteilung, einen Transfer. Der beste Weg dahin sind gemeinsame einmalige Anleihen in der Krise. Das unterscheidet es von generellen Eurobonds.
2. Glücklicherweise hat die EZB stark und richtig auf das Spekulieren der Finanzmärkte reagiert und den Marktzugang gesichert. Sie ist aber nicht der Akteur, der für die Frage der Solidarität zuständig ist. Diese Rolle sehen wir zuallererst bei den Mitgliedsstaaten der EU. Falls die EZB trotzdem über Jahre zu hohe Schuldenstände monetarisiert, stellt sich die Frage, wie ein Exit aussehen könnte.

Ohne gemeinsame Fiskalpolitik wird erneut die Europäische Zentralbank gezwungen, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Die Verweigerung einer gemeinsamen Fiskalpolitik in der Eurozone verlagert die notwendigen Entscheidungen aus dem Raum parlamentarischer Demokratie in den Raum unabhängiger Geldpolitik. Aus demokratietheoretischen und finanzpolitischen Gründen braucht es politische Entscheidungen.

Außerdem steht am 5. Mai 2020 das Urteil aus Karlsruhe an mit Blick auf die Politik der EZB während der Finanzkrise. Auch wenn potentielle Kläger gegen das PEPP neu klagen müssten, würde ein negatives Urteil aus Karlsruhe doch massiv die Glaubwürdigkeit des PEPP schwächen, falls sich zum Beispiel die Bundesbank daraus verabschieden müsste.

1. *Wie könnten Corona-Bonds aussehen? Wer gibt sie aus? Welche rechtliche Grundlage?* Für die Ausgestaltung gibt es mehrere Optionen, als rechtliche Grundlage kann Art. 122 AEUV herangezogen werden. Das bail-out Verbot des Art. 125 AEUV stünde hier nicht entgegen. Denn ein finanzieller Beistand für einen oder mehrere Mitgliedstaaten in Form von Corona-Bonds in der Ausnahmesituation einer weltweiten Pandemie, hat nichts mit einer Verweigerung einer soliden Haushaltspolitik zu tun.

In der Ölkrise gab es schon mal eine gemeinsame europäische Anleihe – aber dies war vor den Zeiten des Euro. Zur Finanzierung der EFSM, BOP und MFA Programme begibt die EU bereits eigene Anleihen.

Die möglichen technische Wege der Ausgabe werden gerade durch unterschiedliche Akteure (Gruppe der 9 um Frankreich, Kommission und einzelne Ökonomen). erarbeitet.

**Fazit:**

**Wir brauchen eine Form der Lastenteilung in der Krise, die politisch beschlossen werden muss.**

**Die beste Form dafür sind einmalige gemeinsame Anleihen zur Finanzierung krisenbedingter Ausgaben. Der Name und die genaue Ausgestaltung sind zweitrangig. Die Bundesregierung muss jetzt aktiv und schnell an einem finanziellen Schutzschirm für den gesamten Euroraum und einer Lastenverteilung auf die gemeinsamen Schultern aller Mitgliedsstaaten mitarbeiten. Eine Verweigerung von gemeinsamen Anleihen aus ideologischen Gründen ist in dieser dramatischen Krisenlage nicht verantwortlich. Es darf nicht schon wieder zu einem „too little, too late“ aufgrund von Deutschland in Europa kommen. Die von der Bundesregierung favorisierte Option, dass der ESM von einzelnen Staaten genutzt werden soll, ist nicht nur eine Absage an europäische Solidarität, sondern auch wirtschaftlich für Deutschland von Nachteil. Führende Ökonom\*innen unterschiedlichster Denkschulen warnen vor einer weiteren Euro-Krise, wenn es nicht zu Gemeinschaftsanleihen kommt.**

**In der Kommunikation sollten wir zwischen dauerhaften Euro-Bonds und zeitlich für die Krise einmaligen Corona-Bonds klar unterscheiden. Sonst setzen wir uns dem Vorwurf aus, den Unterschied nicht zu verstehen, und alte Forderungen jetzt im Schatten der Corona-Krise durchzusetzen.**

**Hintergrund und Handlungsoptionen**

* Die Coronakrise trifft die Länder der Eurozone gleichermaßen. Die Beschränkungen durch die gesundheitspolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Epidemie fallen ähnlich aus. Mittlerweile sind in den meisten Ländern wesentliche Teile der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens im Shut-Down.
* Die Möglichkeiten durch staatliche Maßnahmen den wirtschaftlichen Auswirkungen zu begegnen sind aber unterschiedlich verteilt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hatte die Möglichkeiten von Staaten auf den Schock zu reagieren unterschiedlich stark eingeschränkt. Auch die Situation an den Finanzmärkten schränken die Spielräume der Länder ein auf den Schock angemessen zu reagieren.
* In der ersten Märzwoche hat sich dies dann in Form auseinanderlaufender Renditen bei Staatsanleihen bemerkbar gemacht. Die Renditen auf italienische Staatsanleihen stiegen von unter 1% auf nahe 1,5%.
* Eindrücklich gezeigt hat sich die Abhängigkeit der Stabilität der Eurozone von der EZB am 12.03.2020, als EZB-Präsidentin Lagarde verkündete, die EZB sei nicht für die Schließung von Spreads einzelner Länder zuständig. Dies wurde von den Finanzmärkten zumindest teilweise als eine Rücknahme von „whatever it takes“ interpretiert. Die Zinsen Italiens und Spaniens steigen von dem schon leicht erhöhten Niveau innerhalb kürzester Zeit um mehr als 100 BP.
* Der SWP wurde mittlerweile ausgesetzt, die EZB hat kurzfristig den Zugang der Länder zu den Kapitalmärkten gesichert (siehe unten im Detail).



* Trotzdem werden die nationalstaatlichen Maßnahmen als Reaktion auf den symmetrischen Schock des Coronavirus aller Voraussicht nach asymmetrisch ausfallen und in manchen Ländern, gegeben des wirtschaftlichen Einbruches, nicht angemessen sein. Insbesondere die mittelfristig konjunkturelle Ankurbelung durch Investitionen und gezielte Maßnahmen für besonders betroffene Branchen könnte nach der akuten Krise geringer als nötig ausfallen. Die unterschiedlich hohen Schuldenniveaus, bestehende Unterschiede in Zinsniveaus, und die mittelfristige Schuldentragfähigkeit sind hierfür die Gründe. So werden Produktionsstrukturen in jetzt schon schwachen Teilen der Eurozone zerstört mit der Folge eines weiteren auseinandertriften der EU.
* Auch könnte der Schock in einzelnen Mitgliedsstaaten die Finanzsysteme wieder destabilisieren, den Teufelskreis zwischen Staatschuldenkrise und Finanzkrise wieder aufflammen lassen und die Eurozone in eine neue Krise werfen.
* Sollte ein Land die wirtschaftlichen Kosten der Pandemiemaßnahmen alleine tragen müssen, und hierfür nicht die nötigen Ressourcen haben, so könnte es sein, dass es die gesundheitspolitischen Einschränkung zu früh zurückfährt. Dies kann Menschenleben im jeweiligen Land kosten, aber auch ganz Europa in der Krisenbekämpfung zurückwerfen.
* Der folgende Hintergrund soll verschiedene finanzpolitische Handlungsoptionen auf europäischer Ebene zur gemeinsamen Begegnung der Krise diskutieren und die Vor- und Nachteil darstellen.

**Überblick**

* Die Handlungsoption sind:
	+ Beibehalten des Status Quo
		- Rein nationales Handeln, EZB stabilisiert durch PEPP
		- Nutzung des ESM durch einzelne Länder
	+ Aktivierung der vorsorglichen Kreditlinie ECCL für alle Mitgliedsstaaten
	+ Corona-Bonds als Kreditlinie für die Mitgliedsstaaten
	+ Corona-Bonds zur gemeinsamen Finanzierung der Krisenmaßnahmen
* Sie unterscheiden sich entlang der folgenden Dimensionen:
	+ Sicherung des Marktzugangs einzelner Länder
	+ Gewährung von niedrigeren Zinsen für einzelne Länder über das jetzige Maß hinaus
	+ Elemente von Lastenteilung / Erhöhen der Schuldentragfähigkeit einzelner Länder (über die Zinserleichterungen hinaus)
	+ Schnelligkeit der Maßnahme
	+ Politische Durchsetzbarkeit
	+ Signalwirkung für ein solidarisches Europa

|  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Instrument | Marktzugang | Zinserleichterungen über Status Quo hinaus | Lastenteilung / Beitrag zur Schuldentragfähigkeit | Schnelligkeit | politische Durchsetzbarkeit | Signalwirkung für ein solidarisches Europa |
| nur EZB / PEPP | ja, aber kann in Frage gestellt werden | - | nein | Bereits vorhanden | vorhanden, wird aber mittelfristig in Frage gestellt werden  |  |
| ESM heute | ja, sofern Volumen ausreicht / OMT möglich | ja, je nach Ausgestaltung möglich | nein | schnell | hohes Stigma der Nutzung, aber vorhanden; vor allem rechtlich besser abgesichert | Schlecht |
| vorsorgliche ESM- Linie für alle | ja, reicht Volumen aus? / OMT möglich | ja, je nach Ausgestaltung möglich | nein | schnell | weiterhin Stigma, aber vorhanden | Schlecht |
| Coronabonds als Kreditlinie | Ja | ja, hoch | nein | eher langsam |  | Mittel |
| Coronabonds zur Finanzierung der Ausgaben | Ja | ja, hoch | ja | eher langsam |  | Gut |

**Beibehalten des Status Quo**

**Die EZB stabilisiert durch PEPP**

* Mit dem Auflegen des PEPP im Umfang von 750 Mrd. Euro am 19.03 und der Ankündigung die 33% Obergrenzen für dieses Programm nicht zu beachten am 25.03. hat die EZB ein klares Signal an die Märkte gesendet und die Spreads stabilisiert.
* Mit dem Programm hat sie sich die Möglichkeit eines „inoffiziellen OMT-Programms“ ohne Beteiligung des ESM geschaffen
* Aus rein ökonomischer Sicht kann die EZB die Zinsen und den Marktzugang der Mitgliedsstaaten fast immer sichern. Sie kann gegebenenfalls gezielt Anleihen einzelner Länder kaufen.
* Sie würde in einen Zielkonflikt kommen, wenn die Inflation plötzlich ansteigen würde, und müsste sich eventuell entscheiden zwischen Inflationsbekämpfung und Stabilisierung der Zinsen auf niedrigem Niveau. Gegeben der derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Situation ist dies aber eher unwahrscheinlich.
* Die Hürden sind vor allem politischer und rechtlicher Natur.
	+ Juristische Unsicherheiten können das Vertrauen in dieses Instrument schwächen. Ein Urteil zu den Programmen der EZB steht noch aus. Sicherlich wird auch PEPP vor den Gerichten angezweifelt werden. Hier könnten der EZB rechtliche Schranken gesetzt und so die Effektivität mit der sie die Zinsen stabilisieren kann mittelfristig eingeschränkt werden.
	+ Auch könnte nach der Krise die Niedrigzinsdiskussion wieder aufflammen und so der politische Druck auf die EZB steigen Anleihenkaufprogramme zu beenden und die Zinsen anzuheben.

**Nutzung des ESM durch einzelne Länder**

* Sollte ein Land den Marktzugang verlieren oder sich nur noch zu hohen Zinsen finanzieren können, so kann es schon heute die Programme des ESM (Darlehen und makroökonomisches Anpassungsprogramm, vorsorgliche Kreditlinien) nutzen und sich Geld auf diesem Weg leihen.
* Hierdurch kann die Liquidität der Länder gesichert werden, sollten sie den Marktzugang verlieren.
* Da der ESM sich im Vergleich zu Italien günstiger am Markt finanzieren kann, könnte man Italien so einen leichten Zinsvorteil zukommen lassen.
* Auch könnte die EZB über die jetzigen Maßnahmen hinaus ein sogenanntes OMT-Programm starten. Dadurch könnte sie gezielt Anleihen des Mitgliedsstaates kaufen. Ob hierdurch wesentliche Verbesserungen im Vergleich zum PEPP erzielt werden können ist fraglich. Evtl. stellt es die Hilfen der EZB auf rechtlich stabileren Grund, sollte PEPP vor den Gerichten hinterfragt werden.
* Die Programme sehen grundsätzlich Konditionalitäten vor. Dies müsste man aber vermutlich auf ein politisch akzeptables Maß reduzieren können, Stabilisierung des Gesundheitssystems z.B.
* Haupthindernis ist das hohe mit den Programmen des ESM verbundene Stigma. Dies ist einerseits innenpolitische für viele Länder schwer erklärbar, andererseits für die Kapitalmärkte vielleicht ein Anzeichen von Schwäche.
* Bis auf einen evtl. Zinsvorteil gibt es keinerlei Erleichterung für die Schuldentragfähigkeit des jeweiligen Staates. Die Kredite werden voll auf die Schulden des jeweiligen Landes angerechnet. Wenn nach der akuten Krise die EZB ihre Maßnahmen wieder normalisiert, könnten die hohen Schuldenstände die Eurozonenkrise wieder ausbrechen lassen.
* Die vorsorglichen Kreditlinien haben eine Laufzeit von maximal 1 Jahr mit zweimaliger Möglichkeit zur Verlängerung um 6 Monate und haben somit nur sehr geringe Laufzeiten.
* Das Volumen des ESM ist evtl. zu gering sollten mehrere Länder Programme benötigen. Alleine Italien hat in den kommenden Jahren jeweils Refinanzierungsbedarf von 200 - 250 Mrd. € p.a. (<https://www.berenberg.de/files/MacroNews2019/2019-01-21-Berenberg-HWWI-Studie%20Staatsschulden.pdf>). Auch werden die ESM Mittel gegebenenfalls für Bankenstabilisierung benötigt.

**Beantragung der vorsorglichen Kreditlinie ECCL durch alle Mitgliedsstaaten**

* In dieser Variante würden alle Mitgliedsstaaten die vorsorgliche Kreditlinie beim ESM beantragen. Mit der Aktivierung der vorsorglichen Kreditlinie für alle MS, könnte man das mit der Inanspruchnahme verbundene Stigma reduzieren. Die Bundesregierung lehnt das bisher ab, sondern will es nur für manche Mitgliedstaaten aktivieren.
* Ansonsten gelten die gleichen Vor- und Nachteil wie oben. Insbesondere wäre auch hier ein OMT-Programm möglich. Dies war einer der Hauptgründe, weshalb diese Variante in die Diskussion eingebracht wurde. Der Grund rückt aber mit dem Erfolg des PEPP-Programms in den Hintergrund.
* Allerdings wäre für die vereinbarten Konditionen (2% des BIP des jeweiligen Landes) ggf. eine Kapitalaufstockung des ESM erforderlich, die ihrerseits einstimmig beschlossen werden müsste

**Einführung von Corona-Bonds**

* Unter dem Begriff Corona-Bonds werden verschieden Varianten diskutiert, die aber in Ihren Details entscheidende Unterschiede haben.
	+ Vorschlag von Michael Hüther, Peter Bofinger, Sebastian Dullien, Gabriel Felbermayr, Moritz Schularick, Jens Südekum, Christoph Trebesch in der FAZ: [Europa muss jetzt finanziell zusammenstehen](https://www.iwkoeln.de/presse/in-den-medien/beitrag/michael-huether-europa-muss-jetzt-finanziell-zusammenstehen.html)
	+ Der Aufruf der neun EU-MS zu einer Europäischen Antwort auf Corona fordert ebenfalls eine gemeinsame Verschuldungskapazität: <https://twitter.com/Shahinvallee/status/1242790458926993409/photo/3>
* Gemeinsam haben sie im Wesentlichen, dass eine noch zu bestimmende Corona-Institution eine Anleihe mit einem bestimmten Volumen z.B. 1.000 Mrd €, wie im Vorschlag in der FAZ, mit einer Garantie aller teilnehmenden Staaten herausgegeben wird. Diese sind sehr langlaufend, sodass eine Rückzahlung erst spät erfolgen muss.
* In den meisten Vorschlägen handelt es sich um eine einmalige, durch die Corona-Situation gerechtfertigte und auf die Bewältigung bezogene Maßnahme. Konditionalitäten sind nicht vorgesehen oder beschränken sich darauf, dass die Ausgaben mit der Bekämpfung der Corona-Krise zusammenhängen müssen.
* Welche Renditen eine solche Anleihe zahlen müsste, hängt von der Ausgestaltung ab. Aber die Renditen sollte aller Wahrscheinlichkeit nach irgendwo unter den Renditen des ESM (<https://www.finanzen.net/anleihen/europaeischer-stabilitaetsmechanismus-esm-anleihen?p=2>) bis im besten Fall etwas unter den Renditen Deutschlands liegen.
* Wichtigste Unterschiede sind: die Verwendung der Gelder und die Frage wie Tilgung und Zinszahlung organisiert sind.
* (Als weiterer Vorteil würde durch die Corona-Bonds ein europäisches Safe Asset generiert. Dies würde den Finanzmärkten helfen und die strategische Souveränität der Eurozone stärken.)
* Positiv zu einer gemeinsamen Corona-Verschuldungskapazität haben sich bisher die Staatsschefs von Spanien, Frankreich, Portugal, Slowenien, Griechenland, Irland, Belgien, Luxemburg und Italien geäußert.
* Ablehnende Äußerungen waren bisher von den Niederlanden und Deutschland zu hören.

**Corona-Bonds 1: Als Kreditlinie für Mitgliedsstaaten**

* Dies ist der weniger weitreichende Vorschlag und enthält kaum Elemente der Lastenteilung solange es zu keinem Ausfall kommt.
* In dieser Variante können die Mitgliedsstaaten einen Kredit von der Corona-Institution für ihre individuellen mit der Krise zusammenhängenden Ausgaben bekommen. Die Tilgung und Zinszahlung der Corona-Bonds erfolgt aus der Rückzahlung der Mitgliedsstaaten.
* Die Mitgliedsstaaten würden von den niedrigeren Zinsen im Vergleich zu ihren individuellen Schulden profitieren. Dieser Vorteil wäre evtl. etwas höher als bei ESM-Krediten.
* Trotzdem müssen sie die Kredite voll auf ihre individuelle Schuldenquote anrechnen. Auch müssen sie die Tilgung selbst leisten. D.h. mit diesem Instrument wird die individuelle Schuldentragfähigkeit der Mitgliedsstaaten nicht wesentlich verbessert.
* Da es sich um ein neues Instrument handelt wäre das Stigma, welches mit den bestehenden ESM-Programmen verbunden ist, nicht gegeben.

**Corona-Bonds 2: Zur gemeinsamen Finanzierung der Krisenmaßnahmen**

* Hierbei begibt die Corona-Institution Anleihen, die zur Finanzierung der Krisenmaßnahmen genutzt werden.
* Hierbei gibt es je nach genauer Ausgestaltung mehr oder wenig weitreichende Elemente der Lastenteilung. Diese sind im Wesentlichen abhängig von (1) der Verwendung der Gelder, (2) der Definition von Krisenmaßnahmen, als auch von den (3) geplanten Tilgungsmodalitäten.
	1. Verwendung der Gelder: Im Unterschied zur “Kreditlinien”-Variante finanziert das Vehikel entweder direkt gemeinsame EU-weite Krisenmaßnahmen oder gewährt Zuschüsse (statt Krediten) an die Länder für Ihre individuellen Programme. Diese könnten sich an der Schwere der Betroffenheit von der Krise orientieren.
	2. Definition von Krisenmaßnahmen: Je weiter diese sind, desto höher ist die Hilfe. Begrenzt man zum Beispiel eng auf die medizinischen Maßnahmen, so wird das Volumen sehr klein sein. Beinhaltet der Begriff alle wirtschaftlichen Stützungsmaßnahmen, so ist mit einem hohen Volumen zu rechnen.
	3. Für die Tilgung der Corona-Bonds sind verschiedene Varianten denkbar:
		+ Es könnte eine eigene EU-Steuer geschaffen werden. Manche Ökonomen schlagen eine Beteiligung an den Gewinnsteuern der Unternehmen vor. Dies hätte den Vorteil, dass die, die derzeit im Fokus der Rettungsmaßnahmen stehen, dann auch für die Rückzahlung herangezogen werden. Auch würden die Länder, in denen die Erholung am schnellsten einsetzt mehr beitragen, während Länder die länger unter der Corona-Rezession leiden weniger zahlen müssten.
		+ Alternativ schlagen manche Ökonomen eine Rückzahlung durch die Mitgliedsstaaten anhand von Kapitalschlüsseln der EZB oder orientiert am BIP vor.
* Hier geht man davon aus, dass die Corona-Schulden nicht auf die individuellen Schulden der Mitgliedsstaaten angerechnet werden müssen. Je nach Modalitäten der Verwendung und Rückzahlung wird die Schuldentragfähigkeit der besonders schwer getroffenen Mitgliedsstaaten verbessert.